Tagblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr, Börsenbericht, Handelsteil.
Abonnementspreis vierteljährlich M. 2.50, durch die Post M. 2.75, im Ausland mit entsprechendem Postzuschlag.
Annahme von Ankündigungen: Marienstr. 38 Vorm. 8–9 Uhr Morgens, Sonntags v. Vorm. 11–1 Uhr Mittags. Im Neubau: Gr. Plauen. 5 nur an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags.
Die 1spaltige Grundzeile (angefertigt 36 Silben) 15 Pfg., für Montags oder nach Feiertagen 20 Pfg. Unterm Strich (breite Zeile) 40 Pfg. Ankündigungen auf der Privatseite Zeile 30 Pfg.
Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung.
Ankündigungen nehmen sämmtliche namhafte Vermittelungsstellen an, für Rückgabe eingesandter Schriftstücke keine Verbindlichkeit.
Fernsprechstelle Nr. 11.

Dresdner Nachrichten

39. Jahrgang. Dresden, 1894.

Lobeck & Co.,
Hoflieferanten Seiner Majestät des Königs von Sachsen.
Chocoladen, Cacaos, Desserts.
Einzelverkauf **Altmarkt 2.**

Thüre zu! D.R.-Patent. Thüre zu!
Vollkommenster, selbsthätiger, geräuschloser
Thürschliesser.
Prospecte gratis und franco. **70.000** Stück im Gebrauch.
Curt Heinsius, Dresden-N., **Tieckstr. 12,** (r. 27. (Fernsprechamt II, Nr. 2069)

St. Gotthard, aromatischer **Alpenkräuter-Magenbitter** vom Apotheker **A. Kretzschmar** in Chemnitz ist der **beste** und **gesündeste Magenlikör der Welt.** Derselbe macht Appetit, stärkt den Magen, die Verdauung u. heilt verdorb. Magen. St. Gotthard ist zu haben in all. gr. Colonialw.- u. Drogenhdlg., Apothek., Delicatessgesch., Conditoreien, Weinhandlungen und Restaurationen.

Dresden, Seestrasse 5. – **Berlin SW.** – **Hamburg.**
billigst, streng reell, sorgfältig, schnell
Dr. J. Schanz & Co.
Patente

Mineralwässer,
1894er Füllung. Innerhalb der Stadt freie Zusendung, nach auswärts unter billigster Berechnung der Verpackungsspesen.
Königl. Hofapotheke, Dresden,
Georgenthor.

Dresdner Vernickelungs-Anstalt Otto Büttner, Falkenstrasse 1–3. **Fernsprecher Amt I. 1606.**

Nr. 152. Spiegel: Verhandlungen des preußischen Abgeordnetenhauses. Hofnachrichten. Sozialdemokratischer Boykott. Verein der Cigarrenhändler. Evangelischer Arbeiterverein. Gerichtsverhandlungen. Tagesgeschichte. „Figaro's Hochzeit", „Der letzte Brief", Zichrer-Concert. **Freitag, 1. Juni.**

Für die Bade- und Reisesaison.

Die geehrten **Leser** der „Dresdner Nachrichten" in **Dresden,** welche unser Blatt durch die **hiesige Geschäftsstelle** beziehen und dasselbe nach den **Sommer-Aufenthaltsorten** nachgesendet zu haben wünschen, wollen der unterzeichneten Geschäftsstelle darüber Mittheilung zugehen lassen behufs **Ueberweisung** bez. Zustellung durch die Kaiserliche Post. Dem Ueberweisungsantrage ist deutliche Namen-, Orts- und Wohnungsangabe beizufügen, auch ist die erforderliche Ueberweisungsgebühr (im 1. Monat des Vierteljahres 50 Pfg., im 2. Monat 40 Pfg. und im 3. Monat 20 Pfg.) nebst etwa noch zu entrichtender Bezugsgebühr **vor der Abreise** an uns einzuschicken. Die werthen **auswärtigen Bezieher** (Post-Abonnenten) dagegen wollen sich in gleicher Angelegenheit nur an das **Postamt ihres Wohnortes** wenden, bei welchem ihr laufendes Abonnement erfolgt ist. Ueberweisungen innerhalb des deutschen Reichsgebietes werden seitens der Postämter gegen eine Gebühr von 50 Pfg., im Verkehre mit Oesterreich und fremden Ländern gegen eine solche von 1 Mark ausgeführt.

Für die auf Reisen befindlichen Leser unseres Blattes, welche ihren Aufenthalt und somit ihre Adresse häufig wechseln, bringen wir unser **Reise-Abonnement** in geneigte Erinnerung, durch welches ihnen nach jedem Aufenthaltsort unser Blatt alltäglich von unserer Geschäftsstelle direct durch Kreuzband (bis 50 gr Gewicht = ca. 3 Bogen) bis in die Wohnung zugestellt wird. Bei einer feststehenden Reiseroute empfiehlt es sich, unserer Geschäftsstelle bei der Bestellung des Reise-Abonnements ein Verzeichniß der wechselnden Adressen zu übergeben; stehen die Adressen vor Beginn der Reise nicht fest, so sind von der Reise aus vorkommende Aenderungen rechtzeitig an unsere Geschäftsstelle gelangen zu lassen, um dieser die richtige Zusendung zu ermöglichen. Der Bezugspreis eines Reise-Abonnements (einschl. der Versendungsgebühr) beträgt **monatlich** 2 Mk. 40 Pfg. für Sendungen im Deutschen Reich mit Einschluß sämmtlicher **Bade- und Kurorte Oesterreichs;** 3 Mk. nach den Ländern im Weltpostverein. Bei kürzerer oder längerer Reisezeit werden obige Preise der Berechnung zu Grunde gelegt.

Geschäftsstelle der „Dresdner Nachrichten".
Marienstraße 38.

Politisches.

Die preußische Volksvertretung rüstet zum Aufbruch und die „hochgeehrten Herren von beiden Häusern des Landtags", die so manchen Schweißtropfen dem Wohle des Landes in der verflossenen Session geopfert haben, schweifen nach getaner Arbeit in die lockende heimische Ferne, nachdem der Schluß des Landtages gestern in der herkömmlichen Weise vollzogen worden ist. Die preußischen Volksboten, die jetzt ihren Kollegen aus dem Reich in das Land der beschaulichen Ferienträume nachfolgen, dürfen mit ihren Leistungen wohl zufrieden sein. Zwar wenn bei der Werthschätzung eines Erfolges die Zahl der einzelnen Faktoren, aus denen er sich zusammensetzt, maßgebend sein sollte, würden die preußischen Gesetzgeber diesmal schlecht wegkommen, da wohl selten eine parlamentarische Session so wenig neue Gesetze gezeitigt hat, wie die verflossene Tagung des Landtages des führenden Bundesstaats. Bei der geschäftsmäßigen Vielfabrikation von Gesetzen, an der das moderne parlamentarische Leben im Allgemeinen krankt, ist aber gerade dieses Maßhalten in der Zahl schon an sich ein besonderer Vorzug der abgelaufenen Session und wenn man außerdem noch den praktischen Gehalt der einzelnen unter Dach und Fach gebrachten Vorlagen und die sachliche Art der Verhandlungen berücksichtigt, so muß man zu dem Urtheil gelangen, daß das preußische Abgeordnetenhaus sich in vortheilhafter Weise vor dem von radikalen Einflüssen beherrschten Reichstage auszeichnet.

Die schaffende Kraft der preußischen Landboten konzentrirte sich in der Hauptsache auf drei große Aktionen: den Etat, die Kirchengesetznovelle und die Landwirthschaftskammern. Die beiden letztgenannten Gegenstände haben bereits früher an dieser Stelle eingehende Würdigung gefunden. Bei der Berathung des Etats traten als springende Punkte zwei Erscheinungen hervor, einmal eine sehr starke Zunahme der eigentlichen Staatsverwaltungsausgaben und daneben die außerordentliche Vermehrung der Staatsschulden, die während der in Betracht kommenden Finanzperiode von 1490 auf 6371 Millionen angewachsen sind. Herr Richter nahm die Gelegenheit beim Schopfe, um sich für einen prinzipiellen Gegner der Schuldentilgung überhaupt zu erklären, wogegen Herr Miquel treffend erwiderte, daß der Standpunkt Herrn Richter's in der Frage der Schuldentilgung allenfalls von einem Bankier acceptirt werden könne, aber für eine große Staatsverwaltung einfach ein Unding sei. Weitergehende Bedeutung erhielten die preußischen Etatsdebatten durch den Umstand, daß sie Herrn Miquel Gelegenheit gaben, seine im Reichstag gescheiterten finanziellen Reformpläne zur Herbeiführung eines geordneten finanziellen Verhältnisses zwischen dem Reich und den Einzelstaaten noch einmal ausführlich zu entwickeln und sich des Beistandes der großen nationalen Parteien zu versichern. Die Annahme der von der Budgetkommission im Sinne des preußischen Finanzministers aufgestellten Resolutionen durch das Plenum des Hauses dürfte ihren Eindruck auf den Reichstag kaum verfehlen. Die verbündeten Regierungen haben dadurch eine kräftige Unterstützung für ihre Finanzpläne gewonnen und werden es sich daher gewiß nicht nehmen lassen, mit erneuerten Vorschlägen nach dieser Richtung an den Reichstag heranzutreten. Ließ die preußische Etatsberathung an wirthschaftspolitischer Einsicht auf Seiten der positiven Parteien nichts zu wünschen übrig, so gab sie aus einem formellen Grunde Anlaß zur Kritik. Es ist nämlich im preußischen Abgeordnetenhause seit längerer Zeit die parlamentarische Unart eingerissen, daß der Etat nicht zu dem verfassungsmäßigen Endtermin am 1. April fertig gestellt wird. Im Jahre 1891 konnte das Etatsgesetz sogar erst am 24. Juni verkündet werden. Damals lag allerdings mit Rücksicht auf die tief in alle bisherigen Verhältnisse eingreifenden preußischen Steuerreformgesetze ein besonders entschuldigender Anlaß zu der Verzögerung vor. Auch vertheilte sich bei jener Gelegenheit die Schuld ziemlich gleichmäßig auf die Regierung und das Abgeordnetenhaus und die Regierung brachte überdies einen Nachtragszusatz zum Staatshaushaltsgesetz ein, der die nachträgliche Bewilligung der vorzeitig gemachten Ausgaben aussprach. In früheren Fällen war sogar der noch korrektere Weg eines Nothgesetzes beschritten worden. Diesmal trifft aber die Verantwortung für den verspäteten Erlaß des Finanzgesetzes ausschließlich das Abgeordnetenhaus, das insbesondere beim Kultusetat in endlosen langen Reden geschwelgt hatte, und die Last dieser Verantwortung ist dem schuldigen Hause auch durch keine formelle Maßregel abgenommen worden. Es besteht also die auf keinen Fall der Autorität der Verfassung und dem Ansehen des Abgeordnetenhauses zuträgliche Thatsache, daß ein verfassungswidriger Zustand vom 1. April bis Mitte Mai des laufenden Jahres in der preußischen Finanzverwaltung geherrscht hat, ohne daß er durch eine nachträgliche Korrektur aus den parlamentarischen Akten und damit aus der konstitutionellen Welt beseitigt worden wäre.

Ein außerhalb Preußens weniger bemerktes, aber in sozialer Beziehung sehr wichtiges Reformwerk hat das Abgeordnetenhaus durch die Annahme der Vorlage über das Retentionsrecht des Vermiethers vollbracht. In Preußen bestand nämlich bisher der eigenthümliche Widerspruch zu Recht, daß der Vermiether zur Sicherung des gesammten noch nicht gezahlten Miethzinses (ohne Unterschied, ob derselbe rückständig oder noch nicht fällig war) die eingebrachten Sachen des Miethers ohne Ausnahme zurückbehalten, ihn also, wie er ging und stand, auf die Straße setzen durfte, während die Reichscivilprozeßordnung von der Pfändung durch den Gläubiger gewisse unentbehrliche Gegenstände des Schuldners, wie die nothwendigen Kleidungsstücke, Betten, Haus- und Küchengeräth, Handwerkszeug ꝛc. ausnimmt. Diese unberechtigte Privilegirung der preußischen Hausbesitzer, die den eigentlichen Existenzgrund der sogenannten „Rücktommagnien" in Berlin gebildet hat und gegen die das öffentliche Rechtsgefühl sich in fortwährenden strafrechtlichen Konflikten aufbäumte, ist nunmehr durch den vorgedachten Gesetzentwurf beseitigt worden. Bei uns in Sachsen hat das bürgerliche Gesetzbuch in § 1228 schon seit langen Jahren eine entsprechende Bestimmung eingeführt. — Ein negatives Votum hat das Abgeordnetenhaus gegenüber dem Rhein-Dortmund-Kanal und dem Kaligesetzentwurf abgegeben. Die finanziellen Erwägungen die zur Ablehnung insbesondere der Kanalvorlage geführt haben, lassen jeden Vorwurf der Beeinflussung der Abstimmung durch nichtsachliche Gründe ausgeschlossen erscheinen.

Das preußische Abgeordnetenhaus hat durch die gestern zum Schluß gelangte Session auf's Neue die längst gemachte Erfahrung bestätigt, daß in seinen Räumen der Geist einer fruchtbaren Staatsweisheit gepflegt wird. Nichtsdestoweniger — und das ist ein beachtenswerthes Zeichen der mangelnden Einheitlichkeit in der gegenwärtigen Parteipolitik — hat auch diese Körperschaft das dem heutigen Parlamentarismus anscheinend unerreichbare Ideal einer geschlossenen Regierungsmajorität nicht in die Wirklichkeit zu zaubern vermocht. Im Gegentheil haben bei jeder wichtigen Abstimmung die Majoritäten kaleidoskopartig gewechselt. Die beiden konservativen Fraktionen und die Nationalliberalen gingen Hand in Hand bei der Annahme der Vorlage über die Landwirthschaftskammern und bei der Bildung der Mehrheit für die finanziellen Resolutionen der Budgetkommission. Das Kirchengesetz zeigte auf gegnerischer Seite den gemäßigten Liberalismus und den Freisinn in Kombination, während der Elbe-Trave-Kanal gegen eine konservative Minderheit auf die Welt kam. Bei seinem parlamentarischen Zwillingsbruder, dem Rhein-Dortmund-Kanal lag die Sache umgekehrt, da dieser infolge des Widerstandes der konservativen Fraktionen trotz dem von nationalliberaler und freisinniger Seite, sowie von dem größten Theil des Centrums entfalteten Eifer bei der Geburtshilfe als todtes Kind geboren wurde. Die ebenfalls abgelehnte Kalivorlage fiel dagegen wiederum durch eine nationalliberal-klerikal-freisinnige Mehrheit. Das ist also ein recht buntes Bild, in dem es derartig von Staffage wimmelt, daß das Auge nirgends einen festen Stützpunkt findet. Forscht man nach den tieferen Ursachen dieser Mehrheitsschwankungen, so will es scheinen, als ob auch die mangelnde Einheitlichkeit in der preußischen Regierung nicht ohne Schuld daran sei. Im Abgeordnetenhause ist sowohl eine konservativ-klerikale, als auch eine konservativ-nationalliberale Mehrheit vorhanden. Aus einem solchen Verhältniß sollte man meinen, müßte eine zielbewußte Regierung sich eigentlich eine zuverlässige Majorität schaffen können. Wenn das trotzdem nicht geschehen ist, so läßt sich daraus entnehmen, daß die latenten Reibungen an den leitenden Stellen im Reich und in Preußen, deren hombastische Ableugnung durch die offiziösen Fallensteller blos ein mitleidiges Lächeln erwecken kann, ihre Schlagschatten viel weiter werfen als dem allgemeinen Interesse förderlich ist.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 31. Mai.

Berlin. Bei der heutigen Einstellung des Prinzen Adalbert in das 1. Garde-Regiment hielt der Kaiser eine Ansprache, welche mit dem Hinweis auf den Tag begann, an dem Prinz Adalbert sein 10. Lebensjahr vollendet werde und an welchem er nach alter Tradition mit dem Schwarzen Adlerorden auch das Offizierspatent zu erhalten habe; dieser Tag sei der 14. Juni. Da der Kaiser aber an demselben nicht der Einstellung seines Sohnes wegen der geplanten Reise beiwohnen könne, so habe er zu diesem feierlichen Akte den heutigen Tag gewählt. Es sei der 31. Mai zugleich auch der Sterbetag König Friedrich Wilhelm I., dessen Denkmal im Lustgarten zu Potsdam, dem alten Exercierplatz der preußischen Garde, selbst an die Thaten der preußischen Garde und an den großen Soldatenkönig erinnern werde. Wenn der Prinz auch noch nicht in dem Alter sei, den militärischen Dienst thun zu können, sei es doch von hoher Bedeutung, daß aus dem Regiment jene Gesetze der Disciplin und des Gehorsams ihm bekannt würden, die von jeher das Fundament der Armee gewesen seien. Während der Feier waren um 9 Uhr 58 Minuten der König von Sachsen, welcher auch heute wieder die Uniform des 2. Garde-Ulanen-Regiments trug, mit dem Prinzen und der Prinzessin Johann Georg von Sachsen, diese in heller Frühlingsgrobe, von Berlin eingetroffen, um an der Parade theilzunehmen. Sobald das 1. Garde-Regiment bei der Parade antrat, zog der Kaiser den Säbel, setzte sich an die Spitze der Leibkompagnie und führte das Regiment zunächst bei seiner Gemahlin und dann bei dem König Albert vorbei. Auf die Parade folgte ein großes Frühstück im Neuen Palais. Der König von Sachsen führte im Verein mit dem Kaiser die Kaiserin in den Muschelsaal, dieselbe nahm an der linken Seite des Königs ihren Platz ein, der Kaiser nahm den Platz gegenüber dem König von Sachsen; um die Monarchen saßen die Prinzen und Prinzessinnen des Königl. Hauses. Prinz und Prinzessin Johann Georg von Sachsen u. s. w. Nach dem Frühstück verabschiedete sich der König von Sachsen von dem Kaiser und der Kaiserin, um Abends nach Dresden zurückzukehren.

Berlin. Zu der gestrigen Mittagstafel beim Kaiser war u. A. der sächsische Gesandte am hiesigen Hofe, Graf v. Hohenthal nebst Gemahlin mit Einladung beehrt worden. — Sachsen und Württemberg haben ihre Einwände gegen die Wiedereinführung der Berufung fallen gelassen, nachdem sie sich überzeugt haben, daß die Mehrheit des Bundesrathes zu Gunsten des preußischen Vorschlags eintrat. — Der preußische Landtag ist heute in gemeinschaftlicher Sitzung beider Häuser durch den Präsidenten des Staatsministeriums, Graf zu Eulenburg, im Auftrage des Königs geschlossen worden. Vorher hielten beide Häuser gesonderte Sitzungen ab. Das Herrenhaus berieth den im Auftrage der Budgetkommission des Abgeordnetenhauses aufgestellten Bericht über die Finanzlage und nahm eine Reihe von Resolutionen an, die vielinhaltlich mit den vom Abgeordnetenhause beschlossenen durchgehen decken. — Die Silberkommission setzte heute die Debatte der Spezialfrage des Arendt-Kardorff'schen Antrages fort. Dieselbe dürfte heute zu Ende gekommen sein. Morgen und am Sonnabend sollen die Bergleute vernommen werden, und am Montag als Schluß der Antrag Arendt auf Uebergangsmaßregeln zur Verhandlung kommen. Man erwartet, daß die Berathungen der Kommission am Dienstag geschlossen werden. — Die Agrarkonferenz hat gestern die Generaldiskussion beendet. Von verschiedenen Rednern, so von Schmitz-Erkelenz und vom Grafen Kanitz wurde das Hauptgewicht auf Maßnahmen zur Steigerung der Reinerträge der Landwirthschaft gelegt, Reform des Erbrechtes und Maßnahmen gegen Verschuldung könnten erst in zweiter Reihe nützlich wirken. Oekonomierath Winkelmann empfahl die Gründung kleiner Spar- und Darlehnskassen durch genossenschaftlichen Zusammentritt sämmtlicher ländlicher Grundbesitzer, sowie Zusammenfassung dieser Kassen zu einer Agrarbank, oder Verschmelzung derselben mit der Reichsbank. Ferner ein Gesetz, welches die Eintragung der Landwirthe in die Landgüterrolle von Amtswegen anordnet, Beseitigung der Hypotheken-Eintragung im Wege der Zwangsvollstreckung und endlich eine alle 20 oder 30 Jahre zu wiederholende allgemeine Taxaufnahme für den ländlichen Grundbesitz. Heute wurde in die Spezialberathung eingetreten. — Der Prozeß gegen den Frhrn. v. Thüngen, den Redakteur des „Volk", Oberwinder, und den Redakteur der „Neuen oberbayrischen Landeszeitung", Memminger, kam heute von dem Berliner Landgericht zur Entscheidung. v. Thüngen wurde zu 600 Mk., Oberwinder zu 150 Mk. Geldstrafe ev. 40 und 10 Tage Haft verurtheilt, Memminger wurde freigesprochen. Oberstaatsanwalt Treicher hatte beantragt gegen Frhrn. v. Thüngen 6 Wochen, gegen Memminger 3 Wochen und gegen Oberwinder 1 Monat Gefängniß. Der Gerichtshof erklärte bei der Urtheilsverkündigung, er halte das hiesige Gericht für zuständig, da das „Volk" hier erscheine und bezüglich v. Thüngen's, daß hier ein Forum der Connexität vorliege. — Eine Brauerei in München hat 100,000 Mk. zur Unterstützung der hiesigen kleineren dem Ringe angehörigen Kollegen gezeichnet, die vierfache Summe sogar soll der Besitzer einer New-Yorker Brauerei zu gleichem Zwecke zugesagt haben. — Bei Spandau, zwischen dem Bahnhofe und Charlottenburg, hat sich gestern Abend ein zweiter Eisenbahnunfall ereignet. Der Köln-Berliner Schnellzug entgleiste, zwei Beamte und mehrere Mitreisende sind verletzt, zum Glück Alle nur leicht.

Berlin. Dem Empfange des Fürsterzbischofs von Olmütz hat nicht der Reichskanzler, der Ministerpräsident und der Kultusminister beigewohnt, sondern nur der Chef des Kaiserl. Civilkabinets. Der Fürsterzbischof ist gestern Abend abgereist.

Berlin. Nach der „deutschen Warte" beanstandete Deutschland den Kongovertrag nur gegenüber Belgien, nicht gegenüber England.

Barmen. Der deutsch-konservative Parteitag für Rheinland-Westfalen nahm am Mittwoch eine Resolution an, in der er als seine Ueberzeugung aussprach, daß das Verhalten der nationalliberalen Presse gegen die Deutsch-Konservativen die Gemeinschaft der nationalgesinnten Richtung auf das Aeußerste gefährdet und daß die Stellung der nationalliberalen Partei in Presse und Parlament gegenüber dem positiven Christenthum und der evangelischen Kirche dem Geiste des deutschen Volkes verderblich ist.

Breslau. Der Breslauer internationale Maschinenmarkt wurde heute Vormittag eröffnet; er ist reichlich beschickt.

München. Die Kammer genehmigte den Militäretat mit 118 gegen 10 Stimmen und bewilligte dabei einen Truppenübungsplatz für das 2. Armeekorps, der etwa 7 Mill. kosten wird.

Stuttgart. In Gingen riß heute Nacht die Verbindung einer Lokomotive mit dem Zuge. Der Lokomotivführer und der Heizer stürzten herab, wobei dem Letzteren durch die nachfolgenden Wagen beide Beine abgefahren wurden. Die führerlose Maschine raste 12 Minuten lang berg abwärts, bis sie auf einen Güterzug auffuhr und den hinten stehenden Wagenwärter tödtete.

Wien. Weterle hat sich soeben zur Audienz beim Kaiser begeben und sein Demissionsgesuch eingereicht.

Wien. Eine amtliche Bestätigung der Einreichung des Demissionsgesuches Weterle's ist bis jetzt noch nicht erfolgt.

Pest. Das Abgeordnetenhaus vertagte unter Zustimmung der Regierung die Berathung der Valutavorlage, da Weterle nicht anwesend. Die Vertagung war mit Rücksicht auf die Möglichkeit einer Ministerkrisis beantragt. Der Justizminister erklärte, die Regierung werde der Kammer schon anzeigen, wenn sie glaube, ihre Vorlagen nicht mehr vertreten zu können. Auf die Interpellation wegen der rumänischen Demonstrationen in Siebenbürgen erwiderte der Minister des Innern, daß die strengsten Maßnahmen zur Erhaltung der Ordnung getroffen seien, übrigens seien die Vorgänge nicht so gefährlich, wie sie vielfach dargestellt würden. Die Kammer nahm die Antwort zur Kenntniß und vertagte sich darauf auf unbestimmte Zeit.

Paris. Im Senat und in der Kammer wurde heute die Programmerklärung der Regierung verlesen. Es heißt darin, die Regierung werde die öffentliche Ordnung gegen alle Aufreizungen entschlossen aufrecht erhalten und jederzeit die genaue Befolgung der republikanischen Gesetze sicherstellen, und die demokratischen Reformen, der gegenwärtigen Gesetzgebung ihren Charakter aufprägen und ihre thätige Mitwirkung leihen. Es sei nicht Zeit für große Programme, die Regierung werde aber bestrebt sein, die vorliegenden Gesetzentwürfe, besonders die zu Gunsten der Arbeiter, zum Abschluß zu bringen. Bezüglich der auswärtigen Politik wird gesagt: Wir werden uns angelegen sein lassen, jene Stetigkeit der Ansichten und Beziehungen, welche es Frankreich trotz des Widerstreits der politischen Meinungen möglich mache, den seines Namens und seiner Geschichte würdigen Platz unter den Nationen aufrecht zu erhalten. Stark durch Ihre Unterstützung und durchdrungen wie Sie von nationalem Geiste, werden wir in allen Lagen aufmerksame Hüter der Interessen Frankreichs und entschlossene Vertheidiger seiner Rechte sein. In Sachen der Volkswirthschaft endlich werden wir der nationalen Produktion, besonders dem Interesse des Weinbaues, unsere Aufmerksamkeit widmen.

Wien. Das Abgeordnetenhaus nahm in zweiter und dritter Lesung die Preßnovelle in der Fassung des Ausschusses an, wonach die vorläufige Beschlagnahme von Druckschriften auf bestimmte strafbare Handlungen beschränkt und der Zeitungsstempel aufgehoben wird. — Nach hier vorliegenden Meldungen der Blätter aus Sofia betonte Stambulow in seiner gestrigen Rede an seine Vorgänger, daß er mit dem Kabinet seine Entlassung gegeben habe, um die Rechte des Volkes und das Ansehen der Regierung zu wahren. Er werde, falls seine Demission angenommen werde,

Pfund's vereinigte (ehemalige) Kinderwäsche, Dresdner Molkerei Gebr. Pfund, Inhaber: Trockenschleuderei, Dresden, Jahnstr. 79.